

Inhaltsverzeichnis

RFW-Resolution an die Sozialpartner zur Bekämpfung der Inflation	Seite 2
BO Amann: Eine "Flat-Tax" ist fair und sozial und daher ein Gebot der Stunde!.....	Seite 2
BO Amann begrüßt Novellierung der KFZ-Steuer für LKWs	Seite 3
BO Amann: fordert Förderaktion für schadstoffarme LKWs	Seite 3
BO Amann: SPÖ übernimmt RFW-Forderung nach Bruttolöhnen!	Seite 4
Kandidatur BO Amann: Klein- und Mittelbetriebe als Rückgrat der Wirtschaft deutlich stärken!..	Seite 4
WKÖ-VP Matthias Krenn: Unternehmer wollen das Atmsblatt nicht länger mitfinanzieren!	Seite 5
WKÖ-VP Matthias Krenn: "Innovative Lohngestaltung stärkt die Kaufkraft!"	Seite 5
WKÖ-VP Matthias Krenn: Lohnverhandlungen sind Sache der Sozialpartner!	Seite 6
RFW-Kärnten: Sommerfest in Krumpendorf	Seite 6
RFW-Burgenland: Keine Parteipolitik auf den Rücken der Lehrlinge!	Seite 7
RFW-Burgenland: Lieber selbständig als arbeitslos - gefährliche Gründereuphorie!	Seite 7
RFW-Oberösterreich: Österreich muß sich zur Wasserkraft bekennen!	Seite 7
RFW-OÖ: Die Steuerbelastung senken und bei den Ausgaben sparen!	Seite 8
RFW-OÖ: Sparen ist für Finanzminister Molterer ein Fremdwort!	Seite 8
RFW-Vorarlberg: Lehrlinge sind gefragter denn je!	Seite 9
RFW-Wien: Leitl's Vorschlag zur Entlastung ist ausbaufähig!	Seite 9
RFW-Wien: Faymanns Sozialpopulismus falsch wie die Unterstellungen von WG-GS Kopf	Seite 9
RFW-NÖ: Gedankenaustausch mit Mitgliedsbetrieben bei einem gemeinsamen Ausflug.....	Seite 10
RFW-NÖ: Veranstaltung "Fairness für die Wirtschaft" im Casino Baden	Seite 10



RFW-Bundesvorstand beschließt einstimmig Resolution an die Sozialpartner zur Bekämpfung der Inflation!

Utl.: Einmalzahlung statt Lohnerhöhung steuerfrei und aliquot aufgeteilt auf 4 Quartale!

In seiner Vorstandssitzung am 5. September 2008 in Baden bei Wien hat der Bundesvorstand des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) in Blickrichtung auf die kommende Herbstlohnrunde folgende Resolution an die Sozialpartner einstimmig beschlossen.

RESOLUTION

Die Sozialpartner werden aufgefordert, in den kommenden Lohnverhandlungen auf eine prozentuelle Erhöhung zu verzichten, da aufgrund der kalten Progression nicht der erwünschte Effekt in Richtung Erhöhung der Kaufkraft erzielt werden kann.

Wir wollen unsere Mitarbeiter am wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen teilhaben lassen. Daher stellen wir uns eine Einmalzahlung von einem halben Monatslohn vor, der steuer- und abgabenfrei und pro Quartal aliquot zur Auszahlung kommen soll. Das entspricht einer effektiven Lohnerhöhung von 4,17 Prozent, die ohne Abzug dem Erwerbstätigen zu Gute kommen soll.

Damit kann sichergestellt werden, dass nicht Kammern und Finanzminister die Profiteure der Lohnrunden sind, sondern die Lohnempfänger. Gerade die Sozialpartner haben von der Teuerungswelle, sowie den hohen Lohnabschlüssen der letzten Jahre, überdurchschnittlich profitiert und sollten bis zur längst fälligen Steuerreform auf weitere Mehreinnahmen zugunsten ihrer Pflichtmitglieder verzichten.

BO Amann: Eine „Flat-Tax“ ist fair und sozial - daher ein Gebot der Stunde!

Utl.: Forum Alpbach: „Experten“ sind Realitätsverweigerer!

„Unser derzeitiges Steuersystem ist durch seine Steuerstufen, deren Bemessungshöhen seit vielen Jahren nicht einmal mehr der Inflation angepasst wurden, ein auch sozial unfaires Abgaben-System, das sofort durch die einfach handhabbare und lineare „Flat-Tax“ mit großzügigen Freibeträgen als soziale zusätzliche Komponente ersetzt werden muss“, so der RFW-Bundesobmann KO Fritz Amann zu den laufenden Alpbacher Reformgesprächen.

Amann dazu: „Vor vier Jahren wurde in der Slowakei die „Flat-Tax“ eingeführt und Ivan Miklos, verantwortlich für diese Neueinführung im Jahre 2004, zog in Alpbach eine äußerst positive Bilanz und meinte, dass der Prozentsatz der Personen unterhalb der Armutsgrenze in diesen Jahren deutlich gesunken sei. Diese praxisbezogene Erfahrung beweist mir nun, dass unser selbsternannter Experte, WIFO-Chef Aiginger die Realität der sozialen Komponente in einer linearen Steuer verweigert.

Wider besseren Wissens und gegen die in der Praxis

gemachte Erfahrung in anderen EU-Staaten derart unprofessionelle Gegenargumente zu vertreten, ist ein starker Tobak, der eines Wifo-Chefs unwürdig ist.“

Die bei uns von keinem Bürger mehr durchschaubaren Steuerregulierungen würden eine transparente und für Jedermann einfach zu handhabende Steuerberechnung verhindern, was wiederum nur jene vor dem Zugriff des Finanzministers schützen, die sich einen Steuerberater leisten können.

„Niemand anderer als die Politik ist verantwortlich für eine faire Steuerabgabe und eine absolute Chancengleichheit bei der Anwendung von Steuervorteilen, was die Flat-Tax am Beispiel der Slowakei einmal mehr beweist“, so Amann abschließend.



OTS-Meldung, 30.8.2008

BO Amann begrüßt Novellierung der KFZ-Steuer für LKWs!**Utl.: Senkung in Richtung europäisches Niveau ist höchste Zeit und hoffentlich nicht nur ein Wahlgag!**

Mit der Angleichung der KFZ-Steuer auf europäisches Niveau wird eine langjährige Forderung des RFW umgesetzt, so RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann in einer ersten Reaktion.

Amann dazu: „Bisher hat der schwarze Finanzminister unserer Transportwirtschaft durch seine unverschämte Abzocke fast die Luft zum Atmen genommen, denn die Kfz-Steuer auf LKWs in Österreich gehört zu den höchsten in ganz Europa. Die vorgegebenen Mindeststeuersätze, die von vielen Mitgliedsländern im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit der wichtigen Transportwirtschaft angewendet werden, sind um bis zu 75 Prozent unter dem österreichischen Niveau, was oft dazu geführt hat, dass immer weniger heimische Transportunternehmen wettbewerbsfähig sein konnten und gezwungenermaßen Standorte in den günstigeren Nachbarländern gründen mussten.“

Bei den bisherigen Entlastungsversprechungen der „Parteihäuptlinge“ nahmen es diese mit der Wahrheit nicht so genau. Ein „Schelm“, wer auch diesmal glaube, die betroffene Transportwirtschaft solle vor dem bevorstehenden Wahlgang nur beruhigt werden, mahnt Amann und fordert das Versprechen auch ein. Molterer habe sich bisher stets als Ankündigungsriese und Umsetzungszwerg erwiesen, wenn es um die berechtigten Belange der Wirtschaft gegangen sei.

Eine einheitliche Kfz-Steuer auf LKWs von 2 Euro pro Tonne und Monat mache Sinn und sei wirtschaftlich vertretbar. Auch eine ökologische Komponente, wie sie der RFW immer wieder eingefordert habe, sei in der Novelle vorgesehen. Für luftgefederte LKWs, die für die Straßen schonender und überdies auch leiser sind, solle eine ermäßigte Steuer von 1,4 Euro pro Tonne eingehoben werden, wobei dieser ermäßigte Satz vorerst leider nur auf ein 1 Jahr befristet sei, so Amann.



Derzeit richte sich die Kfz-Steuer für LKWs nach dem Gewicht, wobei in drei Stufen unterschieden werde: LKWs mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 12 Tonnen, von mehr als 12 und bis zu 18 Tonnen sowie von mehr als 18 Tonnen. Je nach Gewichtsklasse betrage die Steuer zwischen 2,54 und 3,08 Euro pro Tonne. Diese Entlastung sei ein erster Schritt, dem weitere in Richtung Halbierung der derzeitigen Steuer sowie eine Ökologisierung des Mautsystems folgen müssten, so RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann.

OTS-Meldung, 27.8.2008

BO Amann fordert Förderaktion für schadstoffarme LKW!**Utl.: Man muss aktiv werden und die Transportwirtschaft unterstützen!**

Der RFW-Bundesobmann und Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, KO Ing. Fritz Amann, wehrt sich gegen das „Sündenbockimage“ des Verkehrs und fordert zur Reduktion der Schadstoffbelastung durch den Schwerverkehr eine Förderung für Investitionen in Euro-5-Lkws: „Man muss hier endlich aktiv werden und die Transportwirtschaft finanziell unterstützen. Immerhin gelang es den heimischen Frächtern den Kraftstoffverbrauch um 20 Prozent und die Abgaswerte von Stickstoff und Russ um 97,5 Prozent zu reduzieren.“

„Wir müssen jene belohnen, die in umweltfreundliche Transportmittel investieren. Andere haben bereits vorexerziert, dass mit einer gezielten Förderaktion für die Anschaffung schadstoffarmer LKWs wichtige umweltpolitische Impulse gesetzt und der Umstieg für die Transportunternehmen erleichtert werden können“,

verweist Amann auf entsprechende Modelle.

In Salzburg erhalten Unternehmen beispielsweise einen Direktzuschuss von Euro 1.200,- für die Neuanschaffung eines Euro-5-Nutzfahrzeuges. Amann rechnet weiter vor, dass die Kosten einer LKW-Fahrt in Österreich über 190 Kilometer gleich hoch seien, wie die einer LKW-Fahrt in Deutschland über 890 Kilometer.

„Weil diese Fakten gerade verkehrstechnisch benachteiligte Wirtschaftsstandorte stark in Frage stellen könnten, muss man der Transportwirtschaft bei der notwendigen Modernisierung der Flotten entgegenkommen. Anleihen zur Gestaltung einer entsprechenden Landesförderung kann man sich in Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und der Steiermark holen. Man darf diesen umweltschonenden Ansatz nicht verschlafen“, fordert Amann.

OTS-Meldung, 26.8.2008

BO Amann: SPÖ übernimmt RFW-Forderung nach Bruttolöhnen!**Utl.: „Matznetter bedient sich wieder aus dem RFW- Forderungskatalog!“**

Mit ihrer Forderung nach Auszahlung von Bruttolöhnen übernimmt der SP-Finanzsprecher Matznetter nach der Halbierung der MwSt auf Grundnahrungsmittel eine weitere RFW-Forderung, so der RFW-Bundesobmann und freiheitliche Wirtschaftssprecher im Vorarlberger Landtag, KO Ing. Fritz Amann, in einer ersten Reaktion.

Amann dazu: „Seit Jahren fordern wir, dass die Arbeitnehmer selber ihre Steuern und Sozialversicherung abführen, damit endlich klar wird, welchen Kostenaufwand ein Arbeitnehmer dem Unternehmen in Wahrheit verursacht. Nur durch die ganze Offenlegung wird eine klare Transparenz erzeugt und nur dann kann der Arbeitnehmer schwarz auf weiß erkennen, welche enorme Abgaben an den Staat zu zahlen sind. Diese bittere Erkenntnis braucht es, denn erst dann wird der Druck der Masse auf den Staat so groß, dass die Abgabenlast endlich gesenkt wird.“

Diese Diskussion braucht es, um den Faktor Arbeit endlich zu entlasten. Seit 1990 sind die Steuern auf Arbeit in Österreich um 12 Prozent gestiegen, hingegen in den 15 „alten“ EU-Mitgliedsstaaten um 5 Prozent gesunken. Damit ist nicht nur die Kaufkraft der Konsumenten dauernd am Sinken, nein, auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen im direkten Wettbewerb mit der EU-Konkurrenz wird immer schwieriger. Daher ist es

höchste Zeit, dass diese ökonomische Fehlentwicklung die Trendumkehrwende schafft. Das geht aber nur, wenn auch der Arbeitnehmer erkennt, was schlussendlich von seinem Lohn übrig bleibt und mit den Unternehmern den Druck zur Entlastung auf die Regierenden erhöht.



Er freue sich daher über den Vorstoß der SPÖ, fürchte aber, dass Matznetter seitens der Gewerkschaft und Arbeiterkammer zurückgepfiffen werde, denn diesen Interessensvertretungen ist es nur Recht, dass die Zwangsbeiträge vom Arbeitgeber und nicht direkt vom Arbeitnehmer abgeführt werden.

Diese Maßnahme würde dem Wirtschaftsstandort wirklich gut tun, denn wenn die Arbeitnehmer sehen, wie stark ihre Löhne und Gehälter belastet sind, würde der Widerstand der Steuerzahler steigen und die Debatte über die Staatsausgaben beginnen. Damit könnte man die Tür in Richtung Einführung einer Flat-Tax, welche die fairste aller Lohnsteuersysteme ist, weit öffnen, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 21.8.2008

BO Fritz Amann kandidiert bei der Nationalratswahl**Utl.: Klein- und Mittelbetriebe als Rückgrat der Wirtschaft deutlich stärken!**

Ing. Fritz Amann, Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) wird laut einstimmiger Nominierung im Wahlkreis Süd die FPÖ-Liste anführen.

Amann wird sich nach eigenen Angaben im bevorstehenden Wahlkampf in erster Linie um die Interessen der Klein- und Mittelbetriebe kümmern: „Die KMUs sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und der größte Arbeitgeber im Land. Im direkten Vergleich mit den Großparteien wird schnell klar, dass die Interessen der KMUs allerdings von ÖVP und SPÖ sträflich vernachlässigt werden.

Die ÖVP widmet sich trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse und plakativem Aktionismus im Rahmen der Wirtschaftskammer vorrangig den Interessen von Großbetrieben. Und für die SPÖ ist der Mittelstand weitgehend uninteressant, da die Mitarbeiter dieser Unternehmen kaum bis gar nicht gewerkschaftlich

organisiert sind.“

„Der Staat muss Wirtschaftspolitik durch vernünftige Rahmenbedingungen ermöglichen und nicht durch das Verteilen von Subventionen, die zwangsläufig zur politischen Abhängigkeit von Regierungsparteien führen. Die beste Wirtschaftsförderung ist nämlich jene, die man nicht in Anspruch nehmen muss, weil die Rahmenbedingungen stimmen und man daher im Wettbewerb bestehen und somit wirtschaftlich erfolgreich ein Unternehmen führen kann.

Wir setzen uns daher für eine schrittweise Senkung der Lohnnebenkosten, die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages, die Abschaffung der Mindestkörperschaftsteuer sowie eine deutliche Entbürokratisierung ein“, umreißt Amann die programmatischen Schwerpunkte freiheitlicher Wirtschaftspolitik.

OTS-Meldung, 29.7.2008

Veröffentlichungspflicht: „Herr Wirtschaftsminister, machen Sie diesem Unsinn endlich ein Ende!“

Utl.: WKÖ-VP Matthias Krenn: Unternehmer wollen das Amtsblatt nicht länger mitfinanzieren!

Die kostspieligen Anzeigen zur Veröffentlichung der Bilanzen im Wiener Amtsblatt sind für die heimischen Unternehmer seit jeher eine zusätzliche und überaus unsinnige Belastung. Das Urteil des OGH, welches die Finanzierung der Wiener Zeitung durch das Pflichtveröffentlichungsmonopol für zulässig hält, ist daher für den Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) und allen voran dem WKÖ-Vizepräsidenten und stellvertretenden Bundesobmann des RFW, Matthias Krenn unverständlich:

„Das Urteil des OGH ist zu akzeptieren, aber noch lange nicht zu verstehen, noch weniger zu verstehen ist aber, dass von unseren Regierungsvertretern, und hier vor allem dem Minister Bartenstein, keinerlei Unterstützung gekommen ist oder gar zu erwarten wäre“, so Krenn in einer ersten Reaktion.

Die Notwendigkeit der Veröffentlichungen und damit einhergehenden Subventionierung der Wiener Zeitung durch die Unternehmer, wurde nämlich mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 2003/58/EG obsolet. Mit dieser Verpflichtung, die Bilanz zum Stichtag dem Firmenbuch zur Verfügung zu stellen, sollte jeder Unternehmer über das Internet den uneingeschränkten Zugang zu diversen Bilanzen erhalten. Weshalb also

zusätzlich noch kostspielige Anzeigen im Wiener Amtsblatt schalten müssen? Das fragen sich nicht nur die österreichischen Unternehmer!

Eine Veröffentlichung im Firmenbuch findet ja gesetzmäßig schon statt und kann dort jederzeit nachgefragt oder abgefragt werden. Dass dies für die Unternehmer noch immer nicht online möglich ist, hängt nur von der bisherigen Verhinderung durch die dort installierte Software ab. Hier ist der Bund säumig und verdonnert daher die Wirtschaftstreibenden zu einer schriftlichen Veröffentlichung im Wiener Amtsblatt.



„Die ÖVP, die sich doch selbst immer so gerne als Unternehmerpartei sieht, ist hier im Zugzwang. Wir fordern deshalb die Verantwortlichen rund um Wirtschaftsminister Bartenstein auf, sich für die Unternehmer einzusetzen und diese unsinnige Belastung ein für alle Mal abzuschaffen“, so WKÖ-Vizepräsident Krenn abschließend.

OTS-Meldung, 7.8.2008

WKÖ-VP Matthias Krenn: „Innovative Lohngestaltung stärkt die Kaufkraft Gastkommentar im Wirtschaftsblatt, 7. August 2008

Schon im letzten Jahr hat sich Sozialminister Buchinger mit unqualifizierten Zwischenrufen in Sachen Kollektivvertragsverhandlungen negativ bemerkbar gemacht. Aus den Reaktionen damals scheint er nichts gelernt zu haben. Im Gegenteil - in diesem Jahr fordert er gleich eine Erhöhung der Löhne um bis zu 5,5 Prozent. Das können wir vom Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) und die gesamte Wirtschaft nicht für gut heißen. Denn nicht nur, dass ein Teil der jährlichen Lohnerhöhungen für die Inflation aufgeht, stopft sich der Staat über den Weg der kalten Progression mit dem Geld die Steuertaschen voll.

Seit 1989 sind die kalten Progressionsstufen festgezurrert und machen nicht nur den Finanzminister zum kräftigen Mitverdiener an den jährlichen Lohnrunden. Beim Arbeitnehmer kommt jedoch niemals das ins Geldbörsel, was der Arbeitgeber Jahr für Jahr an Mehrzahlungen leisten muss. Und so zeichnet sich in den Zurufen des Sozialministers die Verlogenheit der Politik ab - nämlich den Unternehmern das Geld mit unqualifizierten und überhöhten Forderungen aus der Tasche zu ziehen, welches nie beim Arbeitnehmer ankommt da der Staat und eine Reihe weiterer Institutionen dabei kräftig mitkassieren. So verzeichnete die Regierung im letzten Jahr deutlich mehr Einnahmen als geplant - und

zwar satte 73 Milliarden Euro!

Fast könnte man glauben, Minister Buchinger will sich noch ein letztes Mal vor den Neuwahlen und seinem wahrscheinlichen Ausscheiden aus der Regierung mit unnötigen Zwischenrufen in den Medien präsentieren. Aber, Herr Buchinger, akzeptieren Sie endlich, dass weder Sie noch der Gesetzgeber die Löhne festsetzen, sondern ausschließlich und alleine die Sozialpartner die Kollektivverträge aushandeln und dies bisher immer mit dem nötigen Augenmaß getan haben. Was Herr Buchinger, und das als Sozialminister (!), nicht bedenkt ist, dass eine Forderung in dieser Höhe nicht nur unnötige Erwartungshaltungen schürt, sondern auch die Arbeitslosenrate rapide ansteigen lässt.

Wir vom RFW wünschen uns nicht nur eine maßvolle Herbstlohnrunde sondern fordern vor allem die Gewerkschaft auf, einer Gewinnbeteiligung als variable Lohngestaltungsmöglichkeit endlich zuzustimmen. Die Arbeitnehmervertreterseite muss endlich von ihren starren Vorstellungen abweichen und sich auf die aktuelle Lage am Wirtschaftsmarkt besinnen. Eine gemäßigte Herbstlohnrunde und innovative Neuerungen im Lohnbereich sichern wichtige Arbeitsplätze und stärken die Kaufkraft.

Herbstlohnrunde: Zurufe aus dem Sozialministerium geben Verlogenheit der Politik wieder!

WKÖ-VP Matthias Krenn: „Minister Buchinger - Lohnverhandlungen sind Sache der Sozialpartner!“

Strikt gegen die unqualifizierten Zurufe aus dem Sozialministerium, die Löhne im Herbst um bis zu 5,5 Prozent zu heben, spricht sich WKÖ-Vizepräsident und stellvertr. Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW) Matthias Krenn aus: „In den Zurufen des Sozialministers zeichnet sich die Verlogenheit der Politik ab - nämlich den Unternehmern das Geld mit unqualifizierten und überhöhten Forderungen aus der Tasche zu ziehen, welches nie beim Arbeitnehmer ankommt, da der Staat fleißig mitkassiert.“

Schon genug, dass ein Teil der jährlichen Lohnerhöhungen für die Inflation aufgeht. Dass sich dabei aber auch der Finanzminister regelmäßig über die kalte Progression auf dem Rücken von Arbeitgeber und Arbeitnehmer vergolden lässt, geht in die falsche Richtung und ist aufgrund der Gegebenheiten entschieden abzulehnen. Denn über den Weg der kalten Progression stopft sich der Staat mit dem Geld die Steuertaschen voll. Und beim Arbeitnehmer kommt niemals das ins Geldbörsel, was der Arbeitgeber an Mehrzahlungen leisten muss.

Warum setzt sich niemand ernsthaft für die Tarifanpassung ein. Seit 1989 sind die kalten Progressionsstufen festgezurr und machen den Finanzminister und weitere Institutionen dieser Republik zu kräftigen Mitverdienern an den jährlichen Lohnrunden. Darin liegt auch die unglaubliche Verlogenheit mit der wir zu tun haben und die kräftig dazu beiträgt, dass die Kaufkraft nicht mehr die ist, die sie sein könnte. Nur die Betriebe sollen regelmäßig die Zeche für alle zahlen.

Minister Buchinger sollte sich daher vordringlich um diese Dinge kümmern anstatt sich noch ein letztes Mal vor den Neuwahlen und seinem wahrscheinlichen Ausscheiden aus der Regierung mit unnötigen Zwischenrufen in den Medien präsentieren:



„Herr Buchinger, lernen Sie aus den Fehlern des letzten Jahres und akzeptieren Sie endlich, dass weder Sie noch der Gesetzgeber die Löhne festsetzen, sondern ausschließlich und alleine die Sozialpartner die Kollektivverträge aushandeln und dies bisher immer mit dem nötigen Augenmaß getan haben.“

Eine Forderung in dieser Höhe schürt nicht nur unnötige Erwartungshaltungen, sondern lässt auch die Arbeitslosenrate rapide ansteigen. Vizepräsident Krenn und der gesamte RFW wünschen sich nicht nur eine maßvolle Lohnrunde sondern fordern vor allem die Gewerkschaft auf, einer Gewinnbeteiligung als variable Lohngestaltungsmöglichkeit endlich zuzustimmen: „Die Arbeitnehmervertreterseite muss endlich von ihren starren Vorstellungen abweichen und sich auf die aktuelle Lage am Wirtschaftsmarkt besinnen. Eine gemäßigte Herbstlohnrunde und innovative Neuerungen im Lohnbereich sichern wichtige Arbeitsplätze und stärken die Kaufkraft“, so Krenn abschließend.

OTS-Meldung, 307.2008

Sommerfest des RFW-Kärnten am 10. Juli 2008 in Kropitschbad in Krumendorf



RFW-Burgenland: Keine Parteipolitik auf den Rücken der Lehrlinge!

Utl.: LO Karl Simon fordert Fördergelder für KMU-Ausbildungsbetriebe, denn Gewerbebetriebe bilden bedarfsgerecht aus!

„Statt der Flut neuer ‚staatlicher‘ Lehrwerkstätten sollten endlich die bestehenden Ausbildungsbetriebe des Gewerbes und des Handels wirksam unterstützt werden“, fordert der RFW-Burgenland anlässlich öffentlich massiv geförderter neuer BFI-Ausbildungstätten in Jennersdorf.

Landesobmann Karl Simon, selbst bei der Ausbildung von mehr als 100 junger Facharbeiter erfolgreich, vermisst die Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Argumente bei der Vergabe von Förderungen in die

Berufsausbildung. „Würden die öffentlichen Mittel statt in staatliche Betriebsanlagen, in Klein- und Mittelbetriebe gehen, gäbe es mehr und bessere Facharbeiter, die - weil praxisbezogen ausgebildet - auch eher einen Arbeitsplatz erhalten“, fordert Simon abschließend.

OTS-Meldung, 11.8.2008

**RFW-Burgenland warnt vor falschen Hoffnungen!**

Utl.: LO Simon: Lieber selbständig als arbeitslos - gefährliche Gründereuphorie am Rücken Arbeitsloser!

Gegen die ständigen Empfehlungen „Arbeitslose sollen sich selbständig machen“ spricht sich der RFW-Burgenland in einer Presseaussendung aus. So erfreulich Unternehmensgründungen sind, so belastend können diese für jene Neuunternehmer werden, wenn fachliche und wirtschaftliche Voraussetzungen für die Angesprochenen fehlen. Die Alternative "Selbständig statt arbeitslos" ist insofern gefährlich, als die Statistik längst beweist, dass die Insolvenzen gerade aus diesem „neuen“ Unternehmerbereich die höchsten Quoten aufweisen.

Das Forcieren dieser Idee ist daher ein schlechter

Dienst, vor allem an jungen Menschen, die sich nach einer gescheiterten Selbständigkeit letztlich wieder in einer ausweglosen Situation befinden.

„Statt euphorischer Empfehlungen sollten politisch Verantwortliche, auch jene der Kammerorganisation, den an der Selbständigkeit Interessierten auch „die Kehrseite der Medaille“ vor Augen führen und zur Umsetzung dieser Empfehlungen ein längst notwendiges, zielführendes Fördersystem für Jungunternehmer gestalten“, fordert LO Karl Simon stellvertretend für den gesamten Landesvorstand des RFW-Burgenland abschließend.

OTS-Meldung, 7.8.2008

RFW-OO: Österreich muß sich zur Wasserkraft bekennen!

Utl.: LO Ing. Wolfgang Klinger: Verankerung im Konzept der Energiezukunft!

Ein klares Bekenntnis zur Wasserkraft als zukünftigen Hauptträger der Energieproduktion fordert der Landesobmann des RFW-Oberösterreich und BO-STV, Ing. Wolfgang Klinger.

Die Haltung Oberösterreichs gegen Atomstrom muß auch in der Konzeptierung der Energiezukunft unseres Landes deutlich verankert werden. Globale Umweltprobleme durch Anstieg der Schadstoffe in der Atmosphäre erfordern rasches Handeln.

Ein wichtiger Ansatzpunkt, drohende Klimaveränderungen durch Eindämmung des Schadstoffausstosses zu stoppen, ist die Steigerung der Energieerzeugung aus

Sonne, Wind- und Wasserkraft sowie Biomasse.

Der prognostizierte Zuwachs an Energieverbrauch und die zunehmende Umweltbelastung stellen eine Herausforderung dar, der man mit gezielten Energiesparkonzepten und mit einem weiteren Ausbau der sauberen Wasserkraft begegnen muß, so Klinger abschließend.



OTS-Meldung, 3.9.2008

RFW-OÖ: Die Steuerbelastung senken und bei den Ausgaben sparen!**Utl.: NAbg. Alois Gradauer: Internationaler Vergleich zeigt - Budgetplus wäre leicht möglich gewesen!**

"Im abgelaufenen Budgetjahr wäre mit etwas guten Willen ein Budgetüberschuß ohne weiteres erzielbar gewesen," so NAbg. Alois Gradauer, Mitglied des RFW-Bundesvorstandes. Aufgrund der guten Konjunktur, der explodierenden Preise und Löhne hat der Staat im vergangenen Jahr 3,2 Milliarden Euro mehr eingenommen als geplant. Obwohl gerade die ÖVP immer beteuert, daß man sparsam haushalten müsse, merkte man beim schwarzen Finanzminister keinen Sparkurs. Von den 3,2 Milliarden mehr eingenommenen Steuergeldern wurden rund 80 Prozent gleich wieder ausgegeben!

Sogar Deutschland hat ein ausgeglichenes Budget! Im letzten Jahr haben alle EU-Staaten mit nachhaltiger Budgetpolitik eine Null oder ein Plus im Budget zustande gebracht. An Einwohnern vergleichbare Länder wie Schweden, Dänemark, Finnland haben äußerst positive Budgetjahre abgeschlossen. Sogar das durch die Wiedervereinigung in arge Budgetnöte geschlitterte Deutschland konnte erstmals seit vielen Jahren wieder ein ausgeglichenes Budget präsentieren.

Steuerzahler stöhnen! - Die Steuerzahler sind auch 2008 schon wieder über Gebühr beansprucht. Im ersten Quartal des Jahres 2008 sprudeln abermals die Steuergelder über Plan an den Fiskus. Die Lohnsteuer hat ein Plus von acht Prozent, die Umsatzsteuer ist um fast vier Prozent auf neun Milliarden Euro gestiegen. Aus dem Verkauf von Treibstoffen fließen noch einmal 1,3 Milliarden Euro Mineralölsteuer ins Budget - um ein Sechstel mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. "Es ist so kein Wunder, dass die Steuerzahler unter dieser Belastung stöhnen," so Gradauer.

RFW-OÖ: Sparen ist für Finanzminister ein Fremdwort!**Ut.: NAbg. KommR Alois Gradauer: "Molterer mag ein guter Landwirtschaftsfachmann sein, als Finanzminister ist er fehl am Platz!"**

IHS-Felderer bestätigt die Befürchtungen von NAbg. KommR Alois Gradauer, Mitglied des RFW-Bundesvorstandes, wonach sich eine Steuerreform nur wieder auf Pump ausgehen wird. Traurige Tatsache ist, dass trotz der massiven budgetären Mehreinnahmen keine Reserven geschaffen wurden, um eine Steuerreform für die Bevölkerung und die Klein- und Mittelbetriebe zu finanzieren. Steuerliche Mehreinnahmen sind zwar vorhanden. Nur leider Gottes werden diese von den Steuerzahlern durch die kalte Progression mühsam aufgebrachten Mehreinnahmen wieder ausgegeben."

Die kalte Progression - Stichwort hohe Lohn- und Einkommenssteuer - sei der Grund für die vielen Steuern momentan, was eine große Belastung für die Bürger darstelle. "Wir haben in Österreich derzeit hohe Steuern und die Verantwortlichen - allen voran VP-Minister Molterer -

Die Bundesländer naschen mit. Durch den Finanzausgleich naschen die Länder an den gestiegenen Steuerzahlungen ihrer Bürger kräftig mit. Rund 20 Prozent werden den Länderfürsten mehr als im Vorjahr überwiesen. "So profitieren alle von den gestiegenen Preisen und dem Plus an Lohn- und Einkommensteuer, außer dem Steuerzahler natürlich," ärgert sich Gradauer.



Finanzminister vergibt Konsolidierungschance! 2007 hat Finanzminister Molterer klar die Chance vergeben, das Budget zu konsolidieren und einen Teil der 183 Milliarden Euro Schulden des Staates zurückzuzahlen. "Wenn man weiß, dass der Staat im Jahr rund 9 Milliarden an Zinsen berappen muß, dann wird jedem mit Hausverstand klar, daß eine Rückzahlung eine Entlastung an Zinszahlungen bringt. Leider hat die Regierung in diesem historischen Budgetjahr nichts dergleichen getan," so Gradauer.

Jetzt sofort die Bürger entlasten - "Da die Einnahmen des Staates gerade durch die Teuerung nicht weiter angestiegen ist, muß die zukünftige Regierung verstärkt den Bürger entlasten. Wir brauchen Einsparungen bei den Ausgaben und ein Zurückkrängen der Steuerbelastung für die Menschen. Die Verschwendungssucht der Regierung und der Länder muß aufhören." so Gradauer abschließend.

RFW-OÖ, 4,9.2008

geben das Geld mit beiden Händen wieder aus, sie schmeißen es sprichwörtlich sogar beim Fenster raus", sprach sich Gradauer dafür aus, "dass es in diesem Land dringend und schnell eine Steuerreform gibt."

Nach Ansicht von Gradauer ist "Sparen" für den Finanzminister ein Fremdwort. Das belegen die Budgetdaten deutlich. Finanzminister Molterer beweist mit dieser tristen Situation, dass er nicht fähig ist, den Staat vernünftig zu finanzieren - und das trotz der hohen Steuereinnahmen."

"Dies ist für mich nicht verwunderlich", betont Gradauer abschließend: "Molterer mag ein guter Landwirtschaftsfachmann sein, aber wirtschaften fürs Land kann er nicht. Als Finanzminister ist er daher fehl am Platz!"

RFW-OÖ, 3.9.2008

RFW-Vorarlberg: Lehrlinge sind gefragter denn je!**Utl.: LO Ing. Edi Fischer: Der Grund für fehlende Lehrstellen liegt bei den mangelnden Grundschulkenntnissen der Lehrlinge!**

Nicht die Bereitschaft der Wirtschaft, sondern die mangelnden Bildungkenntnisse sind der größte Hemmschuh für die Lehrstellensuche im Land. Da nutzt auch kein Blum-Bonus als finanzielles Zuckerl für mehr Lehrstellen. Wichtiger als jeder Lehrstellenförderung wäre eine Bildungsoffensive in der Grundschule, so der Landesobmann und Vizepräsident der WK-Vorarlberg, Ing. Edi Fischer, in einer Aussendung.

Fischer dazu: „Solange die Qualität der Lehrstellensuchenden nicht stimmt, wird es einen Mangel an Lehrstellenangeboten geben, denn die Unternehmen können die Defizite der Bildung im Betrieb nicht wettmachen. Das Beherrschen der Grundschulkenntnisse ist Basisvoraussetzung für die Erlernung eines Berufs.“

Dafür ist unser Bildungssystem zuständig, das sich den geänderten Anforderungen der Wirtschaft anpassen soll, wie es etwa das duale modulare Ausbildungssystem des RFW vorsieht.

Die Unternehmen sind jederzeit bereit, Facharbeiter auszubilden, diese müssen aber auch geeignet sein und daher ist es ein Gebot der Stunde, die oft mangelnde Qualifikation an der Wurzel - nämlich in der Schule bzw. Elternhaus - zu bekämpfen.



OTS-Meldung, 22.8.2008

RFW-Wien: Leitl's Vorschlag zur Entlastung ist ausbaufähig!**Utl.: LO KommR Detlev Neudeck: Allerdings sollen auch die Unternehmer zum Zug kommen!**

"Dem Vorschlag von WK-Präsident Leitl, den Österreichern noch heuer 700 Mio. Euro zurückzugeben, kann ich einiges abgewinnen", stellt KommR Detlev Neudeck, Landesobmann des RFW-Wien und Bundesobmann-Stellvertreter, fest. "Allerdings dürfen dabei die Unternehmer nicht vergessen werden".

Leitl will - den Berichten zufolge - diese Entlastung aus den Mehrerträgen der Mehrwertsteuer aus den gestiegenen Energiepreisen finanzieren. Hier könnte er gleich mit dem guten Beispiel vorgehen, und die Mehrerlöse der KU1 (Kammerumlage 1) an die KMU ausschütten. Die KU1 richtet sich ja nach dem Vorsteuererwerb und wird vom Finanzministerium an die Kammer abgeführt. Wenn Leitl hier rasch und unbürokratisch eine Ausschüttung vornehmen würde, dann

würde das die Kaufkraft auch der kleinen Unternehmer stärken.

"Egal unter welchem Titel Leitl den KMU diese Beträge zukommen läßt, hier wäre die Vorbildwirkung noch besser als sein Vorschlag an den Finanzminister", führt Neudeck weiter aus. "Und gerade die vielen KMU benötigen eine Entlastung und Erhöhung der Kaufkraft mindestens ebenso dringend, wie der Rest der Österreicher", schloß Neudeck.



OTS-Meldung, 4.9.2008

LO KommR Detlev Neudeck: Faymanns Sozialpopulismus ist ebenso falsch wie die Unterstellungen von WB-Generalsekretär Kopf!

"Die Ausführungen von WB-Generalsekretär Kopf in seiner heutigen Aussendung, wonach eine allfällige Mehrwertsteuersenkung nicht oder nur kurzfristig beim Konsumenten landen würde, ist eine glatte Unterstellung. Gerade auch die Kaufleute, und hier vor allem kleinere Geschäfte, leiden besonders unter Umsatzeinbußen und würden sich freuen, billiger verkaufen zu können", stellt Detlev Neudeck, BO-STV und Landesobmann des RFW Wien, fest.

Oder hat der Wirtschaftsbund Bedenken, dass die Einnahmen der Wirtschaftskammer zu stark sinken würden? Schließlich kommt ein erklecklicher Teil der Kammerfinanzierung aus der Kammerumlage 1, für die

die Vorsteuerbeträge der Unternehmen die Bemessungsgrundlage darstellen. Wenn nun die Vorsteuer sinkt, sinken daher auch die Einnahmen der Wirtschaftskammer.

"Wenn die Angst vor sinkenden Einnahmen richtig ist, dann sollte das auch ganz klar gesagt werden", führt Neudeck weiter aus. "Die Unterstellung, daß die Kaufleute sich eine Mehrwertsteuersenkung behalten würden, paßt eher in die Sprachregelung der Arbeiterkammer und der Gewerkschaften. Für eine Organisation, die die Unternehmen vertreten will, ist eine derartige Unterstellung eindeutig unangebracht", schloß Neudeck.

OTS-Meldung, 26.8.2008

RFW-Niederösterreich: Gedankenaustausch mit Mitgliedsbetrieben beim gemeinsamen Ausflug auf die Bürgeralpe



Am 30. August 2008 veranstaltete der RFW-NÖ einen Ausflug mit Mitgliedsbetrieben ins Holzknechtland.

Während der Fahrt mit der nostalgischen Mariazellerbahn wurden jene Themen angesprochen, die aktuell für die KMUs große Relevanz haben - Lehrlingsausbildung, Steuerbelastung und Mehrwertsteuersenkung und was die kommende Nationalratswahl für die Unternehmer bringen wird.

RFW-Niederösterreich: Veranstaltung "Fairness für die Wirtschaft" im Casino Baden Utl.: NAbg. Bernhard Themessl und NAbg. Alois Gradauer präsentierten das Impulsprogramm

Vor großem Publikum und in Anwesenheit der RFW-Bundespitze wurden am 4. September 2008 im Vortrag und der nachfolgenden lebhaften Diskussion folgende Themen behandelt:

- Vorziehung der Steuerreform
- Abschaffung der Bagatellsteuern
- Neue Wege der dualen Ausbildung
- mobiles Österreich statt Kostentreiberei
- Energiepolitik
- Besteuerung der Treibstoffe

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind der eigentliche Motor der heimischen Wirtschaft. Zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts wird von diesen Betrieben erwirtschaftet.

Das Impulsprogramm Wirtschaft mit Schwerpunkt KMU soll einen Beitrag dazu leisten, dass sich die unternehmerische Tätigkeit im Lande für kleine und mittlere Betriebe wieder lohnt und es Freude macht, Unternehmer zu sein oder zu werden.



Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!
Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?
Rückfragen an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16

